

Die späte Einsicht des Sigmar Gabriel

Der Appell des Ministers für mehr Markt in der Energieversorgung war überfällig. Jetzt muss entschlossenes Handeln folgen, fordert **Jürgen Flauger**.



Handelsblatt

DONNERSTAG, 21. JANUAR 2016, NR. 14

26

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ist um markige Worte nicht verlegen. Die Produzenten von erneuerbaren Energien verglich er auf der Handelsblatt-Energietagung einfach mal mit Hunden. Es sei richtig gewesen, **den Grünstrom-Produzenten eine Anschubhilfe zu geben, als diese noch Welpen waren, also noch klein und unbedeutend. Inzwischen seien aus den Welpen aber Jagdhunde geworden - und diese mächtigen Spieler auf dem Energiemarkt bräuchten eines nun überhaupt nicht mehr: einen Welpenschutz.**

Mit dem Vergleich aus der Tierwelt begründete Gabriel eine Neuausrichtung seiner Energiepolitik, die Produzenten von Wind- oder Solarenergie als Kampfansage verstehen dürfen. Die Zeit der kompletten Absicherung der Risiken ist endgültig vorbei, **auch die erneuerbaren Energien sollen sich zügig dem Wettbewerb stellen.** „Mehr Markt, weniger Staat“ lautet künftig die Maxime in der Energiepolitik - jedenfalls, wenn es nach Gabriel geht.

Die Forderung ist richtig. Seit 16 Jahren läuft in Deutschland die Energiewende, es ist an der Zeit, auch den Energiemarkt zu einem richtigen Markt zu machen. Die Einsicht kommt nur reichlich spät - wahrscheinlich sogar zu spät. Der Energiemarkt ist durch unzählige Eingriffe, durch Gesetze und Verordnungen, so aus den Fugen geraten, dass er keine verlässlichen Preissignale mehr liefert.

Die Anschubhilfe, die Deutschland im Jahr 2000 Wind, Sonne, Biomasse & Co. mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gegeben hat, hat ohne Zweifel ihre Aufgabe eindrucksvoll erfüllt. Das Ziel, deren Anteil an der Stromerzeugung zu steigern, wurde mehr als erfüllt. Im vergangenen Jahr war schon ein Drittel des deutschen Stromes grün - im Jahr 2000 waren es gerade einmal sieben Prozent.

Der Boom der erneuerbaren Energien wurde dabei von Hunderttausenden begeisterten Umweltschützern getragen, aber auch von vielen nüchtern kalkulierenden Hausbesitzern und geschäftstüchtigen Unternehmen. Das EEG nahm ihnen die Risiken weitgehend ab und erlaubte satte Gewinne. Wer eine neue Anlage baute, dem wurde garantiert, dass er Strom vorrangig ins Netz einspeisen durfte - und das zu hohen Vergütungen, die über den Marktpreisen lagen.

Das war zu rechtfertigen, als die erneuerbaren Energien ein Nischendasein fristeten. Es ist aber nicht mehr akzeptabel, seit Wind, Sonne und Biomasse eine bedeutende Rolle im Strom-

mix haben. Je höher der Anteil ist, der privilegiert ins Netz eingespeist wird, umso kleiner wird schließlich der Anteil der Nachfrage, um den sich die konventionellen Stromproduzenten im Wettbewerb streiten können.

Die Politik hat zwar mehrfach gegengesteuert und das EEG reformiert. Vergütungen wurden gekürzt, einzelne Energieträger mehr, andere weniger stark gefördert. Das Wachstum setzt sich aber ungebrems fort - vor allem übertrifft es alle Erwartungen. 2010 hatte die damalige Bundesregierung das Ziel ausgegeben, bis 2020 solle der Anteil der Erneuerbaren bei 35 Prozent liegen. Was damals noch eine kühne Vision war, ist jetzt schon fast Realität.

Als Kollateralschäden auf der Strecke bleiben Kohle- und Gaskraftwerke. Sie werden schlicht von den privilegierten erneuerbaren Energien

aus dem Markt gedrängt. Aktuell kostet Strom am Terminmarkt der Energiebörse EEX weniger als 24 Euro je Megawattstunde. Vor vier Jahren waren es noch mehr als 50 Euro. Zu diesen Preisen lässt sich kaum noch ein Kraftwerk kostendeckend betreiben. Umweltlobbyisten mögen die Verdrängung von Kohlekraftwerken als Erfolg feiern, noch werden sie aber zur Absicherung der Stromversorgung benötigt.

Der Ökostromboom überfordert zudem die Netzbetreiber. Sie müssen

immer öfter eingreifen, um plötzliche Schwankungen im Stromangebot abzufedern, weil eben einmal kein Wind weht oder die Sonne nicht scheint.

Und den Erfolg des EEG bezahlen die Verbraucher. Die Differenz zwischen der hohen Einspeisevergütung und dem Marktpreis wird auf den Strompreis umgelegt. Je Kilowattstunde zahlen sie dafür 6,3 Cent - also mehr als doppelt so viel, wie Strom an der Börse kostet. Insgesamt summiert sich die EEG-Umlage in diesem Jahr auf rund 23 Milliarden Euro.

Eine gute Energiepolitik sorgt für Klimaschutz, achtet aber auch auf Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. Strom soll umweltfreundlich erzeugt werden, muss gleichzeitig aber auch bezahlbar bleiben, und die Kunden müssen vor Stromausfällen gesichert werden. Jahrelang hat die Politik einseitig auf das erste Ziel gesetzt. Es ist an der Zeit, endlich eine ausgewogene Balance zu finden. Gabriel muss seinen markigen Worten nun entschlossene Taten folgen lassen.

Der Autor ist Leiter des Industrieteams.

Sie erreichen ihn unter:
flauger@handelsblatt.com



Strom soll umweltfreundlich erzeugt werden, muss gleichzeitig aber auch bezahlbar bleiben - und die Kunden müssen vor Stromausfällen gesichert werden.